„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Cyr, Jun.
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telefon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wochenausgabe, 12—32 Seiten stark,
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Oesterreichs Schicksal

In den nächsten Tagen wird ein geistig führender Mann Deutschösterreichs, Herr Ministerialrat Dr. Eduard Stepan aus Wien, in Regina und in anderen Städten des canadischen Westens in Wort und Lichtbild sachkundige Aufklärung über Land und Volk, über Kunst und Naturschätze des alten und neuen Oesterreich geben. Dr. Stepan kommt zu uns in einer Zeit, die für seine Stammesgenossen in der alten Heimat zu einem historisch bedeutsamen Wendepunkte werden kann.

Im Laufe des Wahlkampfes um die deutsche Präsidentschaft hat der republikanische Kandidat Wilhelm Marx eine Frage in die öffentliche Debatte hineingeworfen, die man als die Schicksalsfrage Deutschösterreichs bezeichnen kann, nämlich die Frage seines Anschlusses an das Deutsche Reich. Marx hat damit im Sinne der großdeutsch gerichteten Geister gesprochen, deren Sehnsucht seit einem Jahrhundert auf die Vereinigung aller Menschen deutscher Zunge in einem gemeinsamen Staate eingestellt ist. Marx hat damit aber auch in ein Wespennest hineingestochen, das man einfach mit „Versailler Friedensvertrag" bezeichnet.

Eine der schlimmsten Heucheleien der Weltgeschichte ist das frevelhafte Spiel, das seit dem Weltkrieg von den Mächtigen dieser Erde mit dem an und für sich gesunden Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker getrieben wurde. Tschechen, Serben, Polen und Rumänen durften frei und ungehindert dieses Prinzip für sich in Anspruch nehmen, ja sogar im Namen desselben nationale Minderheiten in Fragen der Sprache, Schule und Verwaltung brutal unterdrücken. Aber den Menschen deutschen Blutes und deutscher Sprache wollte und will man die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes unter fadenscheinigen Vorwänden, unter Schikanen und diplomatischen Kunstkniffen verweigern. Man fürchtet die Einigung der Deutschen und errichtet daher künstliche Schranken. Man möchte nach dem Grundsatz „Teile und herrsche!" regieren und sucht daher immer neue Keile in das Deutschtum Europas und der übrigen Welt hineinzutreiben.

Aus solchen Erwägungen heraus verhinderte man bisher auch den Anschluß Deutschösterreichs an das deutsche Nachbarland. Seit dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie, seit dem Entstehen der „nationalen" Nachfolgestaaten, seit der Balkanisierung des südöstlichen Mitteleuropa wollten die superklugen alliierten Staatsmänner der Welt glauben machen, Deutschösterreich mit seinen sechs Millionen Einwohnern und seinem Mangel an Natur- und Wirtschaftskräften könne als selbständiges Staatswesen existieren. Man hat das Völkerbundsexperiment unternommen und es mit Pharisäermiene als eine Großtat der Humanität gepriesen. Bis es aber so weit kam, mußte das österreichische Volk die tiefsten Tiefen des wirtschaftlichen Elends durchwandern. Und heute? Gewiß hat die Stabilisierung des Geldes einige Erleichterung gebracht. Aber die Arbeitslosigkeit ist noch ungeheuer. Weite Volksschichten leben noch in gedrückten Verhältnissen. Die „Gesundung", die nur dem Scheine nach eingetreten ist, beruht lediglich auf der künstlichen Ernährung des Patienten.

Kein Wunder, daß sich heute die Erkenntnis Bahn bricht: Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Oesterreichs sind stärker als die Doktrinäre des Völkerbundes.

Der tschechoslowakische Außenminister Benesch läuft sich in Paris und Genf die Füße wund, um mit allen Mitteln seiner nicht zu unterschätzenden Diplomatenfähigkeit die Alliierten, gegen einen Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich mobil zu machen. Er selbst erklärt sich mit echt tschechischer Großmut bereit, die Oesterreicher in seine liebevollen Arme aufzunehmen und ihnen alle möglichen wirtschaftlichen Vorteile zu gewähren. Woher diese Liebe zu unseren deutschen Brüdern, obwohl man doch in der Tschechei selbst die Deutschen mit Gewalt u. List zu Staatsbürgern zweiter Klasse erniedrigt? Man lese nur die Mitteilungen unseres Freundes in Prag auf Seite 12 dieser Courier-Ausgabe!

Sollte es wirklich Herrn Benesch gelingen, den in Oesterreich vorhandenen Anschlußbestrebungen an das deutsche Bruderreich einen Riegel vorzuschieben, so kann er doch nicht auf die Dauer jene tiefinneren Herzensneigungen ersticken und jene Blutsbande zerreißen, die seit der nachkriegszeitlichen Verfolgung des Deutschtums in der Welt sich als stärkere Faktoren erwiesen haben als alle Intriguen und Willkürakte feindlicher Mächte.

Auch wir Deutschcanadier, ganz gleich wo unsere Wiege stand, hegen die lebhaftesten Sympathien für unsere Brüder im schwergeprüften und doch so heldenmütigen Oesterreich. Auch wir glauben mit ihnen an den Aufstieg des Deutschtums und wollen unser Teil nach besten Kräften dazu beitragen. „Soweit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt" — so weit muß auch des Deutschen Vaterland sich erstrecken.

Bulgariens Kampf gegen die bolschewistische Gefahr

Erschießungen und Verhaftungen.

Der bulgarische Gesandte in Berlin, Dr. Popow, beschuldigt das Bolschewiki-Regime in Moskau direkter Verantwortlichkeit für die Explosion einer Höllenmaschine in der Kathedrale zu Sofia und für den kürzlichen Mordanschlag auf König Boris.

Die bulgarische Regierung, sagte er, ist im Besitze eines von der Sowjet-Regierung aufgesetzten Originaldokuments, enthaltend genaue Instruktionen an die bulgarischen Kommunisten für die Bewerkstelligung eines Aufstandes am 15. April. Das bulgarische Kabinett war durch das Dokument, welches das Datum des 12. März trägt, von dem drohenden Vorhaben unterrichtet. Der Gesandte fügte seiner Anschuldigung gegen Moskau hinzu:

„Die Schreckensherrschaft sollte zunächst im westlichen Bulgarien ausbrechen und sich dann über das ganze Land verbreiten, während gleichzeitig Mordkomplotte gegen politische Führer geplant waren, um Sofia in Schrecken zu halten."

Von der Mehrzahl der Berliner Zeitungen wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die gegenwärtigen Unruhen in Bulgarien die Einleitung für eine weitreichende Bolschewiki-Verschwörung bilden. Die „Vossische Zeitung" führt aus:

„Durch Gewinnung der Balkanstaaten für den Kommunismus würde Rußland beiläufig Bessarabien zurückerlangen und Schritt um Schritt dem lang gehegten Ziel sich nähern — der Eroberung von Konstantinopel und des Bosporus. Das Blatt legt dem angeblichen Vorgehen der Soviets gegen Bulgarien besondere internationale Bedeutung bei.

* * *

Der Kommunist, der nach Angaben der bulgarischen Polizei am letzten Donnerstag die Höllenmaschine, deren Explosion mehr als 160 Leute tötete, unter das Dach des Sweti Kral Kathedrale angebracht hatte, wurde erschossen, als er sich der Verhaftung widersetzte. Die Polizei hatte ermittelt, daß das Attentat von dem früheren Genie-Offizier Rinkow ausgeführt wurde, der einer der obersten Beamten des exekutiven Zentral-Komitees der Kommunisten in Sofia war. Der Aufenthaltsort Rinkows wurde ausgekundschaftet und als die Polizei zur Verhaftung des Attentäters schritt, setzte er sich angeblich zur Wehr und wurde von den Polizisten erschossen.

Die Führer der verschiedenen Parteien, die von Kriegsminister Wulkow zu einer Konferenz eingeladen wurden, haben dem General ihre Unterstützung der Bemühungen der Regierung, angesichts der terroristischen Kampagne der Kommunisten die Ordnung aufrechtzuerhalten, zugesagt.

Unter den verhafteten Personen war auch ein Mann, der die Uniform eines bulgarischen Armeeoffiziers trug. In seinem Besitz wurde ein Dokument mit einer Liste der Namen von Personen gefunden, die bei dem geplanten Ausbruch der Revolution nach der Explosion in der Kathedrale ein revolutionäres Kabinett hätten bilden sollen. Die Verschwörer hatten, wie die Behörden erklären, gehofft, daß alle Minister bei der Explosion getötet würden.

Die Untersuchung der Ruinen der Kathedrale deutet darauf hin, daß die Höllenmaschine mehrere Tage vor der erfolgten Explosion unter das Dach gelegt worden war. Sie muß 40 bis 50 Pfund gewogen haben.

Paris. Die bulgarische Regierung hat den alliierten Botschafterrat ersucht, ihr zu gestatten, den Mannschaftsstand der Miliz um 10,000 Mann zu erhöhen.

Im Vertrage von Neuilly wurde Bulgarien vorgeschrieben, in der Miliz nur freiwillig sich meldende Rekruten einzustellen. Die bulgarische Regierung behauptet, daß die Miliz ein den im Vertrag vorgesehenen Höchststand von 20,000 Mann erreichte und daß das revolutionäre Element in Bulgarien bei den Plänen, die Regierung durch Gewalt zu stürzen, auf die militärische Schwäche des Landes zähle.

Kürzlich wurden der bulgarischen Regierung vom Botschafterrat die Erhöhung des Mannschaftsstandes um 3000 Mann bewilligt. Das jetzige Gesuch wurde dem alliierten Kriegskomitee zur Prüfung vorgelegt und man erwartet, daß es genehmigt und Bulgarien die Anwerbung von weiteren 7000 Mann gestattet werden wird.

Weltumschau

Deutschland.

Das deutsche politische Leben stand in den letzten Wochen und in besonders veritärktem Maße seit der Vorwahl am 29. März ganz im Banne des Wahlkampfes um den höchsten Ehrenposten des Deutschen Reiches, um die Reichspräsidentschaft. Wer wird der Nachfolger des so unerwartet aus dem Leben gerissenen ersten Präsidenten der deutschen Republik, Fritz Ebert, sein? Die Antwort darauf wird dem Leser des „Courier" erteilt sein, wenn diese Nummer ihre Ausdreise antritt.

Die alte und die neue Zeit lagen im Kampfe um die Zukunft. Zwei ehrenwerte, hochangesehene Männer, Marx und Hindenburg, standen sich gegenüber, jeder von tiefem vaterländischem Pflichtgefühl durchdrungen, jeder bereit, seine ganze Kraft für den Aufstieg des deutschen Volkes einzusetzen. Republikanische und monarchistische, pazifistische und militaristische Ideen mußten pertinaziren vor den beiden Großen, die in den letzten Tagen die Klingen des Geistes gekreuzt haben. Mag siegen, wer will, so wird doch Deutschlands Schicksal in guten Händen liegen.

Es kann nicht Sache des Auslandes, ja nicht einmal der ausländischen deutschen Zeitungen sein, sich in die innere Angelegenheiten des deutschen Volkes einzumischen oder es sogar mit Vorschriften und Vorwürfen zu überhäufen. Wenn das deutsche Volk, das durch die Presse der verschiedenen Parteischattierungen wohl eine sehr gründliche Aufklärung über die innen- und außenpolitische Tragweite der Präsidentenwahl erhalten hat und das zugleich über eine wahrhaft demokratische Verfassung verfügt, eine Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung trifft, so sollte sie auch von der übrigen Welt respektiert werden. Es muß endlich einmal aufhören, daß man nach alter schulmeisterlicher Methode das deutsche Volk wie einen Knaben behandelt, dem man mit Drohungen und mit geschwungenem Stock den Willen von Außenstehenden aufzwingen will.

Dr. Anton Höfle, der frühere Minister für Post- und Telegraphenwesen, der vor zehn Wochen in Verbindung mit dem Barmatskandal in Haft genommen worden war, ist gestorben. Der Tod erfolgte kurz nach seiner Ueberführung vom Gefängnis nach dem St. Hedwigs-Hospital. Dr. Höfle war im Februar nach einer Voruntersuchung in Haft genommen worden. Es wurde damals behauptet, von seiten gewisser Beamten des Bankhauses Gebrüder Barmat seien inkriminierende Aussagen gegen ihn gemacht worden. Dr. Höfle wurde beschuldigt, Staatsgelder gegen fragwürdige Sicherheit ausgeliehen zu haben und Versuche gemacht zu haben, gewisse ihn belastende amtliche Schriftstücke zu verheimlichen. Es hatte seinerzeit verlautet, die Regierung sei durch die Handlungsweise des Postministers um nahezu 60,000,000 Goldmark geschädigt worden. Alle Bemühungen seiner Familie und Bekannten, Kaution für Dr. Höfle stellen zu können, waren erfolglos geblieben. Seine Familie hatte hierbei geltend gemacht, sein Gesundheitszustand sei schlecht, doch hatten die Gefängnisärzte entschieden, er sei hinlänglich gesund, um im Gefängnis bleiben zu können. Die politischen Freunde des Dr. Höfle hatten offen die Anschuldigung erhoben, er werde als früherer Zentrumsführer von reaktionären Gerichtsbeamten verfolgt, die auf diese Weise die Zentrumspartei in Mißkredit zu bringen gedächten, in der Dr. Höfle einst eine bedeutende Rolle gespielt hatte. Eine formelle Anklage war gegen Dr. Höfle noch nicht anhängig gemacht worden.

Bei Ankündigung der Entscheidung, welche drei Führer der deutschen Tscheka zum Tode und 13 andere zu Zuchthaus verurteilt, beschuldigte der Präsident des Reichsgerichts die deutsche Kommunistenpartei, daß sie direkt aus der russischen Sowjetkapitale finanziert werde. Felix Neumann, Ernst Pagel und Alexander Skobiewski, ein Russe, die zum Tode verurteilt sind, waren beschuldigt, mit ihren 13 Genossen und unter dem Vorstand von Moskau im Jahre 1923 den Sturz der deutschen Regierung geplant zu haben. Beamte und industrielle Führer sollten ermordet und durch Mörderhandgranatenbomben eine Schreckensherrschaft errichtet werden. Nach Angabe des Gerichts zeigt das Beweismaterial auch eine Bewegung, um die parlamentarischen und monarchischen Regierungen überhaupt zu beseitigen. Dem Urteil zufolge ist ferner die Anwesenheit sogenannter Revolutionskomitees in ganz Deutschland erwiesen. Sie sind unter Leitung der Hauptorganisation in Moskau organisiert und von Moskau aus mit ausländischer Währung, hauptsächlich Dollars, finanziert. Sendboten der Tscheka verhandelten mit Führern der deutschen Kommunistenpartei auf der russischen Botschaft in Berlin. Sie faßten Pläne für die Aushebung einer deutschen roten Armee, stellten militärische Karten her und beabsichtigten Massenmorde. Außerdem wurden die drei zum Tode verurteilten Führer auch schuldig befunden, einen gewissen Ratich ermordet zu haben, den sie für einen Spion der Regierung hielten. Nach Angabe des Gerichts wurde Ratich buchstäblich zu Tode geröstet. Skobiewsky, der Hauptleiter, soll ein Vertreter der dritten Internationale gewesen sein und als militärischer Organisator außergewöhnliche Fähigkeiten gehabt haben. Dieser Mann verteilte das aus Moskau gesandte Geld, um die Revolution herbeizuführen. Neumann, ein Berliner Buchdrucker, und Page, ein Tischler aus Leipzig, werden als Hauptgehilfen des Russen bezeichnet. Die dreizehn anderen Angeklagten, Werkzeuge der Führer, erhielten Freiheitsstrafen von 5 Monaten bis zu 15 Jahren.

Die Einnahmen der Reichsregierung für das am 31. März zu Ende gegangene Jahr weisen einen Ueberschuß von über zwei Milliarden Mark über den Voranschlag auf. Die Erträge aus der Einkommensteuer überstiegen den Voranschlag um 900,000,000 Mark, die Zolleinnahmen ergaben 450,000,000 Mark mehr als angenommen wurde, während die Gesamteinnahmen 7,311,000,000 Mark gegen die Gesamtvoranschläge von 5,023,000,000 Mark betrugen.

Nach einem Bericht der Reichsbank haben deren Goldvorräte am 15. April die Summe von einer Milliarde Mark überschritten. Sie betrugen am genannten Datum 1,003,735,000 Mark.

Oesterreich.

Die österreichische Regierung hat den Völkerbund ersucht, ein Komitee unparteiischer Sachverständigen zu ernennen, die die wirtschaftliche und finanzielle Lage Oesterreichs prüfen sollen. In der Note wurde darauf aufmerksam gemacht, daß in Oesterreich gegenwärtig 200,000 Arbeitslose vom Staat unterhalten werden.

Der Ligarat hat kürzlich der österreichischen Regierung zum Vorwurf gemacht, daß gewisse von dem Generalkommissar verlangte Reformen noch nicht durchgeführt wurden.

Polen.

Der tschecho-slowakische Minister des Aeußern Dr. Benesch traf in Warschau ein, um den im Jahre 1922 durch den polnischen auswärtigen Minister in Prag abgestatteten Besuch zu erwidern. Während seines hiesigen Aufenthalts wird Dr. Benesch Handels-, Verkehrs- und Schiedsgerichtsverträge mit Polen unterzeichnen und zugleich eine Vereinbarung über alle die kleineren Streitigkeiten, die über die Teilung von Tschechen und Schlesien entstanden, abschließen. Sein Besuch soll drei Tage dauern und wird zum Gegenstand großer Aufmerksamkeit und Zeremonien gemacht, während die Presse und die öffentliche Meinung sich in Freundlichkeiten gegen die Tschechen überbieten.

Der polnische Generalkonsul in Moskau, Chelmicki, ist von seinem Posten abberufen worden und wird wahrscheinlich aus dem Dienst entlassen werden.

Rußland.

Sowjet-Rußland hat die Beteiligung an der bevorstehenden internationalen Konferenz zur Kontrolle des Waffenhandels abgelehnt. Eine in kühlem Ton gehaltene Note des Außenministers Tschitscherin weist darauf hin, daß die Sowjet-Regierung ihre ablehnende Haltung gegenüber der Völkerliga in ihrer gegenwärtigen Form schon wiederholt ausgesprochen hat. Wenn auch Rußland in nebensächlichen Fragen, wie zum Beispiel Angelegenheiten humanitärer Art, sich zur Mitarbeit an Zusammenkünften unter den Auspizien der Völkerliga bereit gefunden habe, so sei doch dadurch die allgemeine Mißbilligung der Liga seitens der Sowjets nicht vermindert. Inbezug auf die Einladung zur Waffenkontroll-Konferenz erklärt Tschitscherin, die Sowjet-Regierung könne mit der Liga nicht zusammenarbeiten bei der Prüfung einer Frage, die eine Einmischung der Liga in die inneren Angelegenheiten der Sowjet-Republik bedeute. Für die Sowjet-Regierung sei es unmöglich, sich einer Entscheidung oder einer Intervention der Liga unterzuordnen. Auf Grund dieser Erwägungen sei die Sowjet-Union genötigt, seine Beteiligung an der am 1. Mai beginnenden Konferenz zu verweigern. Moskaus ablehnender Bescheid kam in Liga-Kreisen nicht unerwartet, und Tschitscherins Angriff gab die Liga ist eigentlich nur eine Wiederholung seiner früheren tadelnden Bemerkungen in voraufgegangenen Mitteilungen an die Liga.

Der Sowjet-Geschäftsträger Rakowsky bestätigt entschieden, daß die Sowjetregierung mit den kürzlichen Verbrechen in Bulgarien in irgendwelcher Verbindung steht. Zahlreiche Schriftstücke zum Beweise, daß die kommunistische Internationale bei den Mordtaten in Sofia ihre Hand im Spiel hatte, nennt Rakowsky geistlich und fantastisch. Die Erklärung hat besondere Bedeutung, weil Rakowsky ein geborener Bulgare ist. Die Männer, welche die Gewalttaten veranstalteten, brauchten sich nach Moskau um Unterstützung zu wenden, bei Agenten der Sowjetregierung in Belgrad, Bukarest und Athen sind viel bequemer gelegen. Es gehört eine erstaunliche Frechheit dazu, die in Bulgarien verübten Schreckenstaten Moskau zuzuschreiben. Denn sie bilden seit Entstehung des bulgarischen Staates eine nationale Ueberlieferung. „Ich kann mich kaum an einen einzigen bulgarischen Führer erinnern, der seit 1891, als Ministerpräsident Stambulow auf Anstiften von König Ferdinand ermordet wurde, eines natürlichen Todes gestorben ist. Alle bulgarischen Regierungen entstanden durch Mordtaten und Staatsstreiche. Die Ursache der kürzlichen Verbrechen liegt darin, daß das Ministerium Zankoff von bulgarischen Arbeitern und Bauern und einem großen Teil des Bürgertums verachtet wird."

Die Sowjetregierung machte William Marconi die Erfindung des drahtlosen Telegraphen streitig, indem sie eine Ankündigung erließ, in der sie bekanntgab, daß die drahtlose Mitteilung von Nachrichten durch den Professor A. Popoff vom elektrotechnischen Institut von Leningrad im Jahre 1895 erfunden und benützt worden sei, also 2 Jahre vor Marconi seine Erfindung bekanntgab. Der Rat der Volkskommissare hat den 7. Mai, als Feiertag für die dreißigjährige Wiederkehr der Entdeckung Popoffs angesetzt. Eine besondere Kommission von Gelehrten und Sowjetbeamten wird die Feierlichkeiten veranstalten. Die Geschichte und Einzelheiten der Erfindung Popoffs werden über das Radio in ganz Rußland und auch im Ausland bekannt gegeben werden. Der Gebrauch des Radio als Hausbedarf Artikel ist in Rußland ungeheuer eingebürgert.

Frankreich.

Das Programm der neuen Regierung Painleve, das sich bald zum Minister in einer Stärkung der Stellung der Kammer verstellte, weicht von dem der Administration Herriots nahezu gänzlich ab. Die Politiker kritisierend behaupten, kommt darin zum Ausdruck, daß Painleves Regierung die gemäßigten Tendenzen der mittleren Gruppen repräsentiert und mit Hilfe der Parteien der Linken zu regieren versuche. Dies wird als ein gefährliches politisches Spiel erklärt.

Die Hauptpunkte des Regierungsprogramms sind: Die angekündigte Einführung drastischer finanzieller Maßnahmen, die Aufrechterhaltung der Botschaft beim Vatikan, die Beilegung des innerpolitischen Zwistes und das Bestreben, für Frankreich wahre Sicherheit zu erlangen.

„Frankreich hat eine bittere Enttäuschung erlebt," heißt es in der Erklärung, „aber es ist entschlossen, sich mit den Tatsachen abzufinden. Die Regierung appelliert an die harmonische Eintracht, sowohl in finanzieller Hinsicht, wie bezüglich der religiösen Fragen."

Nachdem die Regierung erklärt, daß sie die Botschaft beim Vatikan beibehalten wolle, wird hingefügt:

„Alle Mitglieder der Regierung stimmen überein, Sie im Namen der allgemeinen Interessen Frankreichs zu ersuchen, keine nutzlose Kontroverse, die dem nationalen Kredit schaden könnte, wieder zu eröffnen."

Weiterhin wird erklärt:

„Wenn es uns gelungen sein wird, das Budget endgültig ins Gleichgewicht gebracht zu haben, so daß darüber keinerlei Zweifel bestehen kann, werden wir den Staat nicht länger die Rolle eines Bankiers spielen lassen. Dann werden wir aber genötigt sein, von der Nation große Opfer zu verlangen."

Frankreich werde alle bestehenden Verträge aufrechterhalten und die Durchführung des Dawes-Planes, zu gleicher Zeit aber auch die Lösung des Problems der interalliierten Kriegsschulden verfolgen.

Die Reduzierung und Reorganisation des Heeres wird von dem Erfolg der Unterhandlungen über eine vollständige Beruhigung Europas und über die Sicherheit der französischen Grenzen abhängig gemacht.

Die Regierung sagte, sie wolle hinsichtlich der Einführung der französischen Gesetzgebung in den Lothringen langsam vorgehen, mit voller Respektierung für erworbene Rechte und mit der größten Sorge für eine Verständigung und für nationale Einheit.

Die Erklärung bestätigt im großen und ganzen die Sicherheitspolitik Herriots und versichert Polen, daß Frankreich keine Beeinträchtigung des mit ihm verbündeten Staates zulassen werde.

Die erste Vorbedingung eines stabilen Friedens sei, daß Frankreich wieder sicher sei. Frankreich werde eine Versöhnung von Europa hinderten, ohne welche die Zivilisation in Gefahr ist.

Die Erklärung schließt mit den Worten: „Wir laden alle Bürger Frankreichs, die das Nationalgefühl über Parteileidenschaft und private Interessen stellen, zur Mitarbeit ein."

In der Kammer wurde die wohldurchdachten und sorgfältig ausgearbeiteten Erklärung der Regierung, die Premier Painleve verlas, anscheinend wenig Beachtung geschenkt, denn nahezu vier Stunden der nebensächlichen Sitzung wurden von den politischen Gegnern Caillaux zu einem überaus heftigen Angriff auf den neuen Finanzminister benutzt. Eine ganze Reihe von Rednern erörterte die politische Laufbahn Caillaux und hielt ihm alle Beschuldigungen wieder vor, die seinerzeit zur Anklageerhebung gegen ihn geführt hatte. Zeitweise steigerten sich die Unruhen zu einem Tumult, aber trotz dieser aufregenden Szenen bewahrte Caillaux seine Ruhe. Während die bittersten Vorwürfe und Zurufe auf ihn förmlich herabregneten, saß Caillaux stoßweise und ließ sich nicht aus der Fassung bringen. Erst zum Schlusse der Sitzung ergriff er das Wort um in ruhiger, keine innere Aufregung verratender Weise eine Minuten lang eine sachliche Erklärung über die finanzielle Lage abzugeben, die er als sehr ernst bezeichnete.

Das schwerste Geschütz in dem Angriff auf Caillaux wurde von dem nationalistischen Abgeordneten Charles Bernard aufgefahren, der unter anderem sagte, Frankreich habe die Anwesenheit Caillaux auf der Regierungsbank als eine Schmach für die gefallenen Krieger ein. Frankreich sei noch nicht so weit heruntergekommen, daß es zulassen Caillaux und dem Bankerott wählen müsste. Es gebe etwas Schlimmeres als den finanziellen Bankerott und das sei der moralische Bankerott.

Adg. John Grig, der keiner Partei angehört, aber stets Herriot unterstützt hatte, meinte, es wäre eine eigentümliche Methode des Vertrauen der Volkes durch herzustellen versuchen, daß man als Finanzminister einen Mann berufe, der in Frankreich kein Vertrauen genieße. Wenn Caillaux recht hatte, dann waren die Soldaten Frankreichs im Unrecht gewesen.

Caillaux wurde gegen die Angriffe von Premier Painleve und dem Außenminister Briand verteidigt. Painleve sagte, er wollte jeden Posten in seinem Kabinett durch den tüchtigsten Mann in dem betreffenden Fach besetzen. Er habe Caillaux aus demselben Grunde zur Leitung des Finanzministeriums berufen, die ihn während des Krieges bewogen, den Oberbefehl über das Heer Foch und Petain zu übertragen.

Die Abgeordnetenkammer billigte schließlich der Regierung des Ministerpräsidenten Painleve mit 304 gegen 218 Stimmen das Vertrauen aus.

Zum ersten Male seit der Wahlkampf haben sich viel eine freundlich gesinnte Rede, durch ihre Haltung Tumult verursachen, in Paris gegenüber gefunden und der frühere Feind hat sogar einen glänzenden Sieg davongetragen. Das französische Nationalfeiertag am jetzte mit 400 unter dem Titel der Zuschauer über das französische Team, das eine geradezu aufreizende Haltung an den Tag legte und von dem Publikum schon kritisiert wurde.

Ausgesucht, von der jockoisierten Menge, man die auch der italienische Reiterei, deren Entscheidungen sich nicht den Zuschauern entzieht. Eine Tätlichkeit jedoch hat sich die Leitung der internationalen Kontrolle zu schulden kommen lassen, denn die Kapelle, die während der Spiele konzertierte, unterließ es erstmalig, die Nationalhymnen der beiden Teams, die zum Spiel antraten, zu spielen. Das Publikum jedoch war nicht so nachgiebig, sondern sang gegebenenfalls wahren Sportgeist.

Spanien.

König Alfonso soll in einer Unterredung mit den französischen Schriftstellern und Brüdern Jerome und Jean Tharaud die ruhigen Zustände in Spanien als Beweis bezeichnet haben, daß sein Land mit der Regierung des militärischen Direktoriums zufrieden sei. Nur eine Handvoll von berufsmäßigen Politikern wäre sich. Für eine viel wichtigere Frage als eine parlamentarische Regierung ist Spanien hält es der König, ob eine solche Regierung imstande sei, sich gegen den Zwang zu verteidigen, welchen die Sowjet-Regierung mit Gewalt der Welt aufzuhalten sucht. Ausländische Zeitungen behaupten, eine Schreckensherrschaft des Terrorismus. In dem verkommlichen Leben habe sich aber nichts geändert. „Ich kenne kein Land," sagte Alfonso, „wo die Polizei weniger eingreift als hier. Sie können nach Mitternacht in den Cafés trinken, wie Sie wollen, was in New York oder London nicht möglich ist, in den Ländern der Freiheit." Der König sprach auch von der Bolschewiki-Gefahr. Italien habe zuerst begriffen, daß der Parlamentarismus dem Versuch der Sowjetregierung, ihren Willen der Welt durch Gewalt aufzuzwingen, keinen Widerstand zu leisten vermöge. Spanien sei diesem Beispiel gefolgt.

Englisches Luftschiff durch Sturm losgerissen

Mit Mannschaft bis zur holländischen Küste getrieben.

Glückliche Heimkehr nach Kampf mit Elementen.

Pulham, England, 20. April. Das Luftschiff R-33, das sich während eines starken Windes von seiner Verankerung an einem Mast in der hiesigen Flugstation losgerissen hatte und über die Nordsee gegen Holland zu getrieben worden war, wurde von der Mannschaft sicher zurückgebracht und um 3.50 nachmittags war das ziemlich stark beschädigte Luftschiff in die Einstellhalle eingeliefert. Die Landung am Flugfeld war kurz nach zwei Uhr erfolgt.

R-33 war bis zur holländischen Küste getrieben worden und der Befehlshaber hatte bereits den Plan gefaßt, das Luftschiff im Schlepptau der britischen Schaluppe „Godetia" zurückbringen zu lassen, als der Wind plötzlich umschlug und es der 20-köpfigen Mannschaft möglich machte, den Rückflug zu unternehmen. Um ein Uhr früh war das Luftschiff oberhalb des Lowestoft Hafens angelangt, den es 27 Stunden vorher, scheinbar machtlos dem Winde preisgegeben, in entgegengesetzter Richtung passiert hatte. Das Luftschiff stieg dann höher und erreichte ohne jeden Zwischenfall das heimische Flugfeld.

Beamte des britischen Ministeriums für das Flugwesen sind über die Stabilität des Luftschiffes voll Lobes, auch glaubt man aus dem Ereignis, das leicht ein tragisches Ende hätte finden können, wertvolle Erfahrungen gewonnen zu haben, da die in der Führergondel und im Schiffskörper angebrachten verschiedenen modernen Apparate zur Messung des Luftdrucks, der Widerstandsfähigkeit u. dgl. nützlichen Aufschluß über den Flug geben werden.

Vize-Luftmarschall Sir W. Geoffrey Salmond funkte der Mannschaft, als das Schiff sich der englischen Küste näherte, seinen Glückwunsch. Besondere Anerkennung wird dem 26-jährigen Fliegerleutnant R. S. Booth gezollt, der als rangältester Offizier an Bord des Starrschiffes für dessen Führung verantwortlich war. Auch des Funkers Spencer Keeley, der durch mehr als 30 Stunden unausgesetzt den Radioapparat bediente, wird lobend bedacht.

— Die meisten Menschen schämen sich weniger vor ihrem besseren Selbst, als vor den gleichgültigen Leuten.

— Die Lücke, die ein Toter läßt, redet Bände oder — schweigt für immer.

— Gottes Fackeln leuchten nur in reinen Händen.

— Sich neue Bahnen brechen, heißt in ein Nest von Wespen stechen.

— Wir trauen anderen das zu, was gutes und im bösen Sinne — dessen wir selbst fähig sind.

— Es gibt nur eine Königin, die wahre Gewalt niemals mißbraucht: die Güte.

Bekanntmachung!

Marktplatz auf Section 12, Range 18, Township 26, S E 14 12 Meilen südlich von Quinton, wird Jahrmarkt am ersten Donnerstag im Mai und jede darauffolgende zwei Monate abgehalten werden.

Achtungsvoll,

L. LOOS, Agent, Quinton, Sask.

Warum an Ekzema leiden

wenn die Nightingale, Ekzema- und Hautkrankheit-Arznei die delikateste Haut nicht beschädigen kann?

50c per Schachtel.
Wir bezahlen die Postgebühren.

MRS. E. NORTH
Box 452 Indian Head.